



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht El Salvador

2024

**Immer mehr Menschen lebten unter der Armutsgrenze, und die Regierung kürzte die Ausgaben für Gesundheit und Bildung. Im Rahmen des Ausnahmezustands kam es weiterhin zu willkürlichen Inhaftierungen und Menschenrechtsverletzungen. Das Justizsystem wies gravierende Mängel auf. El Salvador hatte auch 2024 eine der höchsten Inhaftierungsquoten weltweit, und die Gefängnisse waren weiterhin stark überbelegt. Die Bedingungen in den Hafteinrichtungen waren unmenschlich, und es gab Berichte über Folter und andere Misshandlungen. Die Regierung ergriff keine Maßnahmen gegen die Missstände.**

### **Willkürliche Inhaftierungen und unfaire Gerichtsverfahren**

Vom Beginn des Ausnahmezustands im Jahr 2022 bis Ende 2024 wurden laut Angaben der Behörden 83.900 Menschen inhaftiert. Die meisten von ihnen wurden beschuldigt, "illegalen Gruppierungen" (agrupaciones ilícitas) anzugehören und an Bandenkriminalität beteiligt gewesen zu sein. Laut lokalen Menschenrechtsorganisationen hatte ein Drittel der Menschen, die im Rahmen des Ausnahmezustands inhaftiert wurden, weder Verbindungen zu kriminellen Banden noch irgendwelche Vorstrafen, was die willkürliche Natur dieser Inhaftierungen aufzeigte.

Ein Sonderbericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission bestätigte, dass der Ausnahmezustand zu massenhaften willkürlichen Inhaftierungen und systematischen Menschenrechtsverletzungen geführt hatte.

### **Unmenschliche Haftbedingungen**

In den Hafteinrichtungen herrschte auch 2024 extreme Überbelegung; die Auslastung lag laut lokalen NGOs bei 350 Prozent. Die Inhaftierungsquote El Salvadors war eine der höchsten weltweit. Laut der Interamerikanischen Menschenrechtskommission waren die Haftbedingungen unmenschlich. Es gab

Berichte über Folter und andere Misshandlungen, fehlenden Zugang zu medizinischer Versorgung und unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch Gefängnispersonal.

Laut Berichten lokaler Organisationen wurden zwischen März 2022 (als der Ausnahmezustand ausgerufen wurde) und dem 15. Dezember 2024 mehr als 300 Todesfälle in staatlichem Gewahrsam registriert. Die Todesfälle gingen auf Folter und anderweitige Misshandlung sowie auf unzureichende medizinische Versorgung zurück.

Menschenrechtsorganisationen kritisierten, dass der Staat keine wirksamen Maßnahmen ergriff, um die Zustände in den Hafteinrichtungen zu verbessern. Sie forderten eine umgehende Überprüfung der sanitären Bedingungen in allen Gefängnissen und unverzügliche Maßnahmen zur Sicherstellung des Zugangs zu medizinischer Versorgung. Trotz wiederholter Handlungsaufforderungen blieb die Reaktion der Regierung unzureichend, und es gab das gesamte Jahr über immer wieder Berichte über Todesfälle in Gewahrsam. Gruppen, die sich vor Ort für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen einsetzten, äußerten sich angesichts der Lage in den Hafteinrichtungen sehr besorgt, was dazu führte, dass sich internationale Menschenrechtsmechanismen verstärkt mit der Behandlung von Gefangenen in El Salvador beschäftigten.

UN-Menschenrechtsmechanismen prangerten an, dass die Behörden in spezifischen Fällen die nötige Transparenz vermissen ließen, was Untersuchungen und die Rechenschaftslegung bei Vorwürfen von Misshandlung und fehlender medizinischer Versorgung anging. Die Regierung wurde aufgefordert, weitere Informationen zu diesen Fällen und den schlechten Haftbedingungen vorzulegen.

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/el-salvador-2024#section-23704501>